

Sbírka zákonů a nařízení Protektorátu Čechy a Morava.

Částka 66.

Vydána dne 26. června 1940.

Cena: K 1:20.

Obsah: **205.** Úmluva o vypořádání na poli sociálního pojištění z podnětu včlenění bývalých československých území do Německé říše.

205.

A b k o m m e n

zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch den Reichsarbeitsminister, und der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren, vertreten durch den Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung,

über die Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Sozialversicherung aus Anlaß der Eingliederung von ehemaligen tschecho-slowakischen Gebieten in das Deutsche Reich.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Dieses Abkommen bezieht sich auf folgende Zweige der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung:

1. Krankenversicherung
 - a) der Arbeiter,
 - b) der Bergarbeiter,
 - c) der Privatangestellten in höheren Diensten,
 - d) der öffentlichen Angestellten,
 - e) der Eisenbahn- und Postbediensteten,
 - f) der Priester;
2. Unfallversicherung;
3. Invaliditäts- und Altersversicherung
 - a) der Arbeiter,
 - b) der Bergarbeiter,
 - c) der Privatangestellten in höheren Diensten, einschließlich der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen.

Artikel 2.

(1) Als dem Deutschen Reich eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gelten die sudetendeutschen Gebiete und die an die ehemalige Republik Polen abgetretenen, inzwischen in die Provinz Schlesien eingegliederten Gebiete der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik.

(2) Als dem Königreich Ungarn eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gelten sämtliche von der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik dem Königreich Ungarn angefallenen Gebiete.

(3) Als der Slowakischen Republik eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gilt das Gebiet der Slowakischen Republik mit Ausnahme der an die ehemalige Republik Polen vor dem Stichtag angefallenen Gebiete.

Artikel 3.

(1) Stichtag für den Übergang der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten auf die Reichsversicherung und für den Finanzausgleich ist der 1. Oktober 1938.

(2) Beiträge und sonstige Einnahmen, die bei einem nach diesem Abkommen nicht zuständigen Versicherungsträger eingegangen sind, sind an den zuständigen Versicherungsträger ohne Zinsen unverzüglich abzuführen.

(3) Leistungen und sonstige Ausgaben, die ein nach diesem Abkommen nicht zuständiger Versicherungsträger verauslagt hat, sind von dem zuständigen Versicherungsträger in Höhe der tatsächlichen Auslagen ohne Zinsen unverzüglich zu erstatten.

(4) Die Erstattung der in Abs. 2, 3 genannten Einnahmen und Ausgaben kann durch einen Pauschbetrag abgelöst werden, der zwischen den Versicherungsträgern zu vereinbaren ist.

Artikel 4.

(1) Als Wohnort (Wohnen) im Sinne dieses Abkommens gilt der Ort, an dem der Versicherte oder der Berechtigte sich in der Absicht niedergelassen hat, sich dort dauernd aufzuhalten. Hat er mehr als einen Wohnort, so ist der Ort maßgebend, den er als seinen Wohnort bezeichnet. Sind an die Verlegung des Wohnorts Rechtswirkungen geknüpft, so ist bei mehrfacher Verlegung des Wohnorts die letzte maßgebend.

(2) Als versicherungspflichtige Beschäftigung im Sinne dieses Abkommens gilt ein der Versicherungspflicht unterliegendes Beschäftigungsverhältnis. Eine versicherungspflichtige Beschäftigung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten zuletzt vor einem bestimmten Zeitpunkt im Sinne des Artikels 7 ist nur dann gegeben, wenn der Versicherte vor diesem Zeitpunkt zuletzt in diesen Gebieten versichert war und nicht außerhalb dieser Gebiete in ein anderes versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eingetreten ist.

ABSCHNITT II.

Übergang von Leistungen der Unfall- und der Rentenversicherung und Berücksichtigung von Versicherungszeiten (Anwartschaften) der Rentenversicherung.

Artikel 5.

(1) Die für einen Berechtigten, der bei einem ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträger versichert war, festgestellten Leistungen aus Versicherungsfällen vor dem Stichtag werden von den Trägern der Reichsversicherung übernommen, wenn der Berechtigte

1. am 1. Januar 1940 in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt hat

oder

2. am Stichtag in diesen Gebieten gewohnt und bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das übrige Reichsgebiet (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) verlegt hat.

(2) Die von Trägern der Reichsversicherung festgestellten Leistungen aus Versicherungsfällen vor dem Stichtag werden von den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren übernommen, wenn der Berechtigte am Stichtag in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt und bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das Protektorat Böhmen und Mähren verlegt hat. Als von einem Träger der Reichsversicherung festgestellte Leistungen gelten sämtliche Leistungen, die ein Träger der Reichsversicherung zu gewähren hat.

Artikel 6.

Die nach Artikel 5 zu übernehmenden Leistungen sind vom Beginn der Rentenzahlung, jedoch frühestens vom Stichtag an zu übernehmen.

Artikel 7.

(1) Bei der Feststellung von Leistungen aus Versicherungsfällen nach dem 30. September 1938 haben die Träger der Reichsversicherung die bei ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen, wenn der Versicherte

1. am 1. Januar 1940 oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und zu diesem Zeitpunkt im Deutschen Reich (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) gewohnt hat,

oder

2. in der Zeit zwischen dem Stichtag und dem 31. Dezember 1939 als Grenzgänger in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und am 1. Januar 1940 im Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren oder in den der Slowakischen Republik eingegliederten Gebieten gewohnt hat,

oder

3. am Stichtag oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und bis zum 31. Dezember 1939 seine Beschäftigung in das übrige Reichsgebiet (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) verlegt hat,

oder

4. am 1. Januar 1940 als freiwillig Versi-

cherter (Anerkennungsgebührenzahler) in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt hat.

(2) Bei der Feststellung von Leistungen aus Versicherungsfällen nach dem 30. September 1938 haben die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren die bei Trägern der Reichsversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen, wenn der Versicherte

am Stichtag oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war

und

bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren verlegt hat, ohne eine versicherungspflichtige Beschäftigung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten beizubehalten oder bis zum 31. Dezember 1939 aufzunehmen.

Als bei Trägern der Reichsversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten (Anwartschaften) gelten sämtliche im Gebiet des Großdeutschen Reiches (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) erworbenen Anwartschaften.

(3) Abs. 1, 2 gelten entsprechend für die Versicherungszeiten (Anwartschaften), die in den der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn eingegliederten Gebieten in der Zeit vom Stichtag bis zum 31. Dezember 1939 zurückgelegt worden sind.

Artikel 8.

Der Reichsarbeitsminister und der Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung können vereinbaren, daß in bestimmten Fällen von den Grundsätzen der Artikel 5, 7 bei Berechtigten und Versicherten, die bei den ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstitutionen der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen versichert waren, abgewichen wird.

Artikel 9.

Soweit nach den Artikeln 5, 7, 8 die Träger der Reichsversicherung keine Leistungen zu übernehmen oder keine Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen haben, verbleibt es bei der Zuständigkeit der Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren, es sei denn, daß die Zuständigkeit nach den Abkommen mit der Slowakischen

Republik und dem Königreich Ungarn auf die Versicherungsträger dieser Staaten übergeht.

Artikel 10.

Die Gewährung der nach diesem Abkommen von Trägern der Reichsversicherung oder von Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren zu übernehmenden Leistungen und die von ihnen zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richten sich nach dem Recht des zuständigen Versicherungsträgers.

ABSCHNITT III.

Finanzausgleich.

Artikel 11.

(1) Aus Anlaß des Übergangs von Versicherten und Berechtigten ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihren Sitz im Protektorat Böhmen und Mähren haben, auf Träger der Reichsversicherung findet ein Finanzausgleich statt. Der Finanzausgleich besteht bei den Versicherungsträgern, deren Bereich durch die Eingliederung von ehemaligen tschecho-slowakischen Gebieten in das Deutsche Reich geteilt worden ist, in einer verhältnismäßigen Teilung des für den 30. September 1938 ermittelten Vermögens der Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren nach Maßgabe der Artikel 12 bis 14. Ein Finanzausgleich unterbleibt bei Versicherungsträgern, deren Bereich nicht geteilt worden ist; das gleiche gilt, wenn der Bereich eines Trägers der Krankenversicherung zwar geteilt worden ist, der Versicherungsträger aber weniger als eins vom Hundert seines Versichertenbestandes infolge der neuen Grenzziehung abgegeben hat.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend beim Übergang von Versicherten und Berechtigten ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihren Sitz in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten haben, auf Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren.

(3) Die für den 30. September 1938 ermittelten Reinvermögen einschließlich der Fonds und Zweckvermögen der Verbände der ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträger werden nach einem zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zu vereinbarenden Schlüssel geteilt.

Artikel 12.

(1) Das Reinvermögen einschließlich der Fonds und Zweckvermögen der Träger der

Krankenversicherung wird nach Maßgabe der für den 30. Juni 1938 ermittelten Anzahl der Versicherten geteilt.

(2) Bei den Trägern der Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten, der Postbediensteten und der Eisenbahnbediensteten werden zur Ermittlung der Anzahl der Versicherten nach Abs. 1 Versicherte, die ihren Wohnort in der Zeit vom 1. Juli 1938 bis zum 31. Dezember 1939 innerhalb des Gebiets der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik verlegt haben, dem im Gebiet des neuen Wohnortes zuständigen Versicherungsträger zugerechnet.

(3) Zum Vermögen der Krankenversicherungsanstalt der ehemaligen tschecho-slowakischen Staatsbahnen gehört auch das Vermögen, das nach § 26, Satz 1 der Regierungsverordnung vom 30. Juni 1937 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 163) für Zwecke der Krankenversicherung bestimmt war.

Artikel 13.

Die Träger der Reichsversicherung erhalten — unbeschadet des Artikels 11 Abs. 3 und des Artikels 12 — aus dem Vermögen der

- a) Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Böhmen in Prag einen Betrag von dreihundertundsiebzig Millionen tschechischen Kronen,
- b) Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Mähren in Brünn einen Betrag von einhundertundfünfundsiebzig Millionen tschechischen Kronen,
- c) Zentralsozialversicherungsanstalt in Prag einen Betrag von zweitausendeinhundertundsechzig Millionen tschechischen Kronen,
- d) Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag einen Betrag von eintausendvierhundertundachtzig Millionen tschechischen Kronen,
- e) Zentralbruderlade in Prag einen Betrag von zweiundsiebzig Millionen tschechischen Kronen.

Artikel 14.

(1) Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erhält von den ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und von den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen, die ihren Sitz im Protektorat Böhmen und Mähren haben, einen angemessenen Teil ihres Vermögens.

(2) Die Allgemeine Pensionsanstalt erhält

von den ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten, die ihren Sitz in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten haben, einen angemessenen Teil ihres Vermögens.

(3) Die Vermögensteilung ist für jeden der in Abs. 1, 2 genannten Versicherungsträger gesondert vorzunehmen; sie hat sich auf die Pflichtversicherung einschließlich der statistischen Mehrversicherung und die Zusatzversicherung zu erstrecken, soweit nicht nach Artikel 8 etwas anderes vereinbart wird. Das Reinvermögen einschließlich der Fonds und Zweckvermögen wird nach dem Verhältnis der versicherungsmathematischen Passiven für die Ansprüche der Versicherten und Rentner, die nach Artikel 5, 7 auf Träger der Reichsversicherung übergehen, zur Gesamtsumme der versicherungsmathematischen Passiven geteilt. Die Richtlinien für die Berechnung der versicherungsmathematischen Passiven werden vom Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung aufgestellt und bedürfen der Zustimmung des Reichsarbeitsministers.

Artikel 15.

(1) Die nach diesem Abkommen zu übertragenden Vermögensgegenstände gelten als am Stichtag übergegangen.

(2) Die von den zur Übertragung von Vermögensgegenständen verpflichteten Versicherungsträgern vereinnahmten Kapitalerträge für die Zeit seit dem Stichtag aus den zu übertragenden Vermögensgegenständen sind den empfangsberechtigten Versicherungsträgern bar zu überweisen. Die Ansprüche auf Kapitalerträge, die für die Zeit seit dem Stichtage noch nicht erfüllt worden sind, werden den empfangsberechtigten Versicherungsträgern abgetreten.

(3) Die Übertragung der Vermögensgegenstände muß bis zum 31. Dezember 1940 beendet sein. Soweit die Übertragung nach diesem Tage erfolgt, sind für die Zeit vom 1. Januar 1941 an Zinsen in Höhe von fünf vom Hundert jährlich zu entrichten.

Artikel 16.

(1) Zur Durchführung der Vermögensteilung nach den Artikeln 12 bis 14 werden von den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren folgende Vermögensgegenstände auf die Träger der Reichsversicherung bis zur Höhe des auf sie entfallenden Anteils übertragen:

1. Grundstücke und Gebäude nebst Zubehör in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten sowie bewegliche Sachen, die sich am 30. Juni 1938 in diesen Gebieten befunden haben;
2. Forderungen, die durch Hypotheken auf Grundstücken (Liegenschaften) in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten gesichert sind;
3. Darlehen an Gemeinden und Bezirke, deren Gebiet ungeteilt in das Deutsche Reich eingegliedert worden ist;
4. sonstige Forderungen gegen Schuldner in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten, soweit es sich nicht um Zweckeinlagen an Geld- und Kreditanstalten in diesen Gebieten handelt, aus denen diese Anstalten Darlehen gewährt haben, die durch Hypotheken auf Grundstücken (Liegenschaften) außerhalb dieser Gebiete gesichert sind oder deren Schuldner bei nichthypothekarischer Sicherung am 1. Januar 1940 außerhalb dieser Gebiete gewohnt haben oder ihren Sitz hatten;
5. Zweckeinlagen an Geld- und Kreditanstalten im Protektorat Böhmen und Mähren, soweit diese Anstalten daraus Darlehen gewährt haben, die durch Hypotheken auf Grundstücken (Liegenschaften) in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten gesichert sind oder deren Schuldner bei nichthypothekarischer Sicherung am 1. Januar 1940 in diesen Gebieten gewohnt haben oder ihren Sitz hatten;
6. Schuldverschreibungen und Pfandbriefe, die von Gemeinden, Bezirken, Geld- und Kreditanstalten und sonstigen Einrichtungen in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten ausgegeben sind.

(2) Soweit die nach Abs. 1 auf die Träger der Reichsversicherung übergehenden Vermögenswerte nicht ausreichen, um den nach diesem Abkommen vorgesehenen Finanzausgleich zu erfüllen, ist auf die übrigen Vermögensgegenstände nach Maßgabe einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zurückzugreifen. In dieser Vereinbarung können auch Vermögensgegenstände von der Übertragung nach Abs. 1 ausgenommen werden.

(3) Beim Übergang von Vermögensgegenständen von Trägern der Reichsversicherung auf Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren gelten Abs. 1, 2 entsprechend.

(4) Die Vermögensteilung soll tunlichst im Wege einer Verrechnung erfolgen.

Artikel 17.

(1) Die Durchführung des Finanzausgleichs wird übertragen für die Reichsversicherung dem Reichsversicherungsamt, für die Sozialversicherung im Protektorat Böhmen und Mähren dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung.

(2) Die im Abs. 1 genannten Stellen können ihre Befugnisse auf die der Art nach zuständigen Versicherungsträger übertragen; in diesem Falle haben sie einander von der Übertragung Kenntnis zu geben.

Artikel 18.

(1) Die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren sind — unbeschadet des Abs. 2 — von der Verpflichtung zur Zahlung der bis zum Stichtag fällig gewordenen Überweisungsbeträge für die bei ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) befreit, wenn diese Zeiten nach Artikel 7 von einem Träger der Reichsversicherung zu berücksichtigen sind.

(2) Die Regelung der Zahlung der Überweisungsbeträge, die von ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und von den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen geschuldet werden, ist in den Richtlinien nach Artikel 14 Abs. 3 zu berücksichtigen.

(3) Die Dienstgeber, deren Bedienstete nach dem bis zum Stichtag geltenden Recht von der Versicherungspflicht ausgenommen waren, sind zur Zahlung der bis zum Stichtag fällig gewordenen Überweisungsbeträge an die Versicherungsträger nach Maßgabe eines zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zu vereinbarenden Zusatzabkommens verpflichtet.

Artikel 19.

(1) Bedienstete von ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben, haben für die der Kündigungsfrist nach dem Gesetz über die Privatangestellten vom 11. Juli 1934 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 154) entsprechende Zeit Anspruch auf die

Dienstbezüge gegen ihren früheren Dienstgeber; die Kündigungsfrist beginnt hierbei mit dem Stichtag. Soweit solche Bedienstete über den Stichtag hinaus vorübergehend beschäftigt worden sind, beginnt die Kündigungsfrist frühestens mit dem Ende der vorübergehenden Beschäftigung, spätestens aber mit dem 1. Juli 1940. Soweit solche Bedienstete von einem Versicherungsträger oder in den öffentlichen Dienst des anderen vertragschließenden Teiles übernommen worden sind, erhalten sie die Dienstbezüge von ihrem bisherigen Dienstgeber nur für die Zeit bis zum Antritt dieses Dienstes. Die hiernach zu gewährenden Dienstbezüge sind auf Antrag des Bediensteten binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieses Abkommens zu zahlen, soweit die Zahlung nicht bereits erfolgt ist.

(2) Die Allgemeine Pensionsanstalt in Prag und die Arbeiterunfallversicherungsanstalten in Prag und Brünn sind verpflichtet, für ihre Bediensteten, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben und keine Versorgungsbezüge erhalten, den Teil des gesamten Pensionsfonds, der dem Anteil der Prämienreserve dieser Bediensteten an der gesamten Prämienreserve entspricht, an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zur treuhänderischen Verwaltung zu übertragen. Die Verwendung der Beträge wird durch den Reichsarbeitsminister geregelt.

(3) Treten Bedienstete ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben, erneut in ein Beschäftigungsverhältnis bei ihrem früheren Dienstgeber ein, so gilt die Zeit vorübergehender Beschäftigung bei einem Versicherungsträger oder im öffentlichen Dienst des anderen vertragschließenden Teiles nicht als Unterbrechung des früheren Dienstverhältnisses. Treten solche Bedienstete nach der vorübergehenden Beschäftigung nicht wieder in ein Beschäftigungsverhältnis bei dem früheren Dienstgeber ein, so kann dieser sie unter Gewährung der zustehenden Versorgungsbezüge in den Ruhestand versetzen; dabei ist die Zeit vorübergehender Beschäftigung als Dienstzeit anzurechnen.

(4) Die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren, die an ehemalige Bedienstete oder deren Hinterbliebene im Gebiet des Deutschen Reichs außerhalb des Protektorats Böhmen und Mähren Versorgungsbezüge neben oder an Stelle von Leistungen der Sozialversicherung zahlen, kön-

nen diese Zahlungen dadurch ablösen, daß sie das den Versorgungsbezügen entsprechende Deckungskapital an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte überführen. Die Ablösung bedarf der Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Ministers für soziale und Gesundheitsverwaltung.

ABSCHNITT IV.

Durchführung des Abkommens.

Artikel 20.

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens gewähren die beiderseitigen Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung einander kostenlose Verwaltungs- oder Rechtshilfe in demselben Umfange, als ob es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelt.

(2) Akten und sonstige Unterlagen, die für die Durchführung dieses Abkommens und Weiterführung der Sozialversicherung notwendig sind, werden nach näherer Vereinbarung zwischen den beteiligten Versicherungsträgern ausgetauscht.

Artikel 21.

Die Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung verkehren bei der Durchführung dieses Abkommens miteinander und mit den Versicherten unmittelbar. Sie fassen ihre Schreiben in ihrer Amtssprache ab.

Artikel 22.

Für Rechts- und Amtshandlungen, die bei der Durchführung dieses Abkommens vorzunehmen sind, werden Steuern, Abgaben, Stempelkosten und andere Gebühren nicht erhoben.

Artikel 23.

Die beiden vertragschließenden Teile können die Bestimmungen dieses Abkommens ergänzen und ändern.

Artikel 24.

Streitigkeiten, die sich bei der Auslegung und Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden vom Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung entschieden.

Artikel 25.

Rechtsmittelfristen und Verfahrensfristen, die am Stichtag liefen, sind bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens unterbrochen.

Artikel 26.

Für die vorläufige Anwendung des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik über Sozialversicherung vom 21. März 1931 und des Vertrages zwischen der ehemaligen Republik Österreich und der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik über Sozialversicherung vom 21. September 1931 gilt bis zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Trägern der Reichsversicherung und den Versicherungsträgern des Protektorats Böhmen und Mähren folgendes:

1. Die nach Artikel 5 Abs. 1 und Artikel 7 Abs. 1 von Trägern der Reichsversicherung zu übernehmenden Leistungen oder zu berücksichtigenden Versicherungszeiten (Anwartschaften) gelten im Sinne der Verträge als Leistungen und Versicherungszeiten der Reichsversicherung.

2. Die Leistungen und Versicherungszeiten (Anwartschaften), die

a) nach Artikel 5 Abs. 2 und Artikel 7 Abs. 2 von Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren zu übernehmen oder zu berücksichtigen sind
und

b) nach Artikel 9 bei den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren verbleiben

und

c) bei den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren erworben oder zurückgelegt werden,

gelten im Sinne der Verträge als Leistungen und Versicherungszeiten (Anwartschaften) der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung.

3. Für das Recht auf freiwillige Versicherung stehen die deutschen Versicherungszeiten einschließlich der unter Nr. 1 genannten Versicherungszeiten und die bei einem ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträger zurückgelegten Versicherungszeiten einschließlich der unter Nr. 2 genannten Versicherungszeiten einander gleich.

ABSCHNITT V.

Schlußbestimmungen.

Artikel 27.

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Prag, den 14. März 1940.

Für den Reichsarbeitsminister:
Dr. HANS ENGEL.

Der Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung:
Dr. KLUMPAR.

(Překlad.)

Úmluva

mezi Německou říší, zastoupenou říšským ministrem práce, a vládou Protektorátu Čechy a Morava, zastoupenou ministrem sociální a zdravotní správy,
o vypořádání na poli sociálního pojištění z podnětu včlenění bývalých česko-slovenských území do Německé říše.

Podepsaní zmocněnci dohodli se na tomto:

ODDÍL I.

Všeobecná ustanovení.

Článek 1.

Tato úmluva vztahuje se na tato odvětví bývalého česko-slovenského sociálního pojištění:

1. nemocenské pojištění

- a) dělníků,
- b) horníků,

c) soukromých zaměstnanců ve vyšších siazbách,

d) veřejných zaměstnanců,

e) zaměstnanců železničních a poštovních,

f) kněží;

2. úrazové pojištění;

3. invalidní a starobní pojištění

- a) dělníků,
- b) horníků,

- c) soukromých zaměstnanců ve vyšších službách, včetně zaměstnanců soukromých drah, sloužících veřejné dopravě.

Článek 2.

(1) Za území včleněná do Německé říše ve smyslu této úmluvy pokládají se sudetoněmecká území a území bývalé Česko-Slovenské republiky, odstoupená bývalé republice Polské, mezitím včleněná do provincie Schlesien.

(2) Za území včleněná do království Maďarského pokládají se ve smyslu této úmluvy veškerá území, připadá od bývalé Česko-Slovenské republiky království Maďarskému.

(3) Za území včleněná do Slovenské republiky ve smyslu této úmluvy se pokládá území Slovenské republiky s výjimkou území, připadlých před rozhodným dnem bývalé republiky Polské.

Článek 3.

(1) Rozhodným dnem pro přechod bývalého česko-slovenského sociálního pojištění v územích včleněných do Německé říše na říšské pojištění a pro finanční vyrovnání jest 1. říjen 1938.

(2) Pojistné a jinaké příjmy, které došly nositeli pojištění podle této úmluvy nepřislušnému, se neprodleně bezúročně odvedou příslušnému nositeli pojištění.

(3) Dávky a jinaká vydání, která vynaložil nositel pojištění podle této úmluvy nepřislušný, nahradí bezúročně a neprodleně příslušný nositel pojištění ve výši skutečných výloh.

(4) Náhrada příjmů a výloh, uvedených v odst. 2, 3, může býti provedena úhrnkovým penízem, na němž se dohodnou nositelé pojištění.

Článek 4.

(1) Za bydliště (bydlení) ve smyslu této úmluvy se pokládá místo, kde se pojištěnec nebo oprávněná osoba usadila s úmyslem trvale se tam zdržovati. Má-li více než jedno bydliště, je rozhodným místo, které označí za své bydliště. Je-li změna bydliště spojena s právními účinky, je při několikerém přeložení bydliště rozhodným poslední bydliště.

(2) Za zaměstnání povinně pojištěné ve smyslu této úmluvy pokládá se zaměstnanecký poměr, podléhající pojistné povinnosti. Zaměstnání povinně pojištěné v územích, včleněných do Německé říše, naposled před určitým dnem ve smyslu článku 7, je tu jen tehdy, byl-li pojištěnec před tímto dnem na-

posled v těchto územích pojištěn a nevstoupil-li do jiného zaměstnání povinně pojištěného mimo tato území.

ODDÍL II.

Přechod dávek úrazového a důchodového pojištění a zřetel k pojistným dobám (čáčkám) získaným v důchodovém pojištění.

Článek 5.

(1) Dávky z pojistných případů před rozhodným dnem stanovené pro oprávněného, který byl pojištěn u bývalého česko-slovenského nositele pojištění, převezmou nositelé říšského pojištění, jestliže oprávněný

1. dne 1. ledna 1940 bydlel v územích včleněných do Německé říše

nebo

2. rozhodného dne v těchto územích bydlel a do 31. prosince 1939 přeložil své bydliště do ostatního území Říše (bez Protektorátu Čechy a Morava).

(2) Dávky, stanovené nositeli říšského pojištění z pojistných případů před rozhodným dnem, převezmou nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, když oprávněná osoba rozhodného dne bydlela v územích včleněných do Německé říše a do 31. prosince 1939 přeložila své bydliště do Protektorátu Čechy a Morava. Za dávky, stanovené nositelem říšského pojištění, pokládají se veškeré dávky, které má poskytnouti nositel říšského pojištění.

Článek 6.

Dávky, které se mají převzítí podle článku 5, převezmou se od začátku výplaty důchodů, nejdříve však od rozhodného dne.

Článek 7.

(1) Při stanovení dávek z pojistných případů po 30. září 1938 mají nositelé říšského pojištění přihlédnouti k pojistným dobám (čáčkám), získaným u bývalých česko-slovenských nositelů pojištění, když pojištěnec

1. dne 1. ledna 1940 nebo naposled před tím byl v územích včleněných do Německé říše zaměstnán způsobem podléhajícím pojistné povinnosti a v tuto dobu bydlel v Německé říši (bez Protektorátu Čechy a Morava),

nebo

2. v době mezi rozhodným dnem a 31. prosincem 1939 byl zaměstnán způsobem podléhajícím pojistné povinnosti jako osoba přecházející hranice za prací („Grenzgänger“) v územích včleněných do Německé říše a 1.

ledna 1940 bydlel na území Protektorátu Čechy a Morava nebo v územích včleněných do Slovenské republiky,
nebo

3. rozhodného dne nebo naposled před tím byl v územích včleněných do Německé říše zaměstnán způsobem podléhajícím pojistné povinnosti a až do 31. prosince 1939 přeložil své zaměstnání do ostatního území říše (bez Protektorátu Čechy a Morava),
nebo

4. dne 1. ledna 1940 bydlel v územích včleněných do Německé říše jako dobrovolný pojištěnec (plátce uznávacího poplatku).

(2) Při stanovení dávek z pojistných případů po 30. září 1938 mají nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava přihlídnouti k pojistným dobám (čákám), získaným u nositelů říšského pojištění, byl-li pojištěnec rozhodného dne nebo naposled před tím zaměstnán způsobem podléhajícím pojistné povinnosti v územích včleněných do Německé říše

a

do 31. prosince 1939 přeložil své bydliště na území Protektorátu Čechy a Morava, aniž by podřel anebo do 31. prosince 1939 nastoupil zaměstnání podléhající pojistné povinnosti v územích včleněných do Německé říše.

Za pojistné doby (čáky) získané u nositelů říšského pojištění pokládají se veškeré nároky (čáky), nabyté v území Velkoněmecké říše (bez území Protektorátu Čechy a Morava).

(3) Odst. 1, 2 platí obdobně pro pojistné doby (čáky), které byly získány na územích včleněných do Slovenské republiky a do království Maďarského v době od rozhodného dne do 31. prosince 1939.

Článek 8.

Říšský ministr práce a ministr sociální a zdravotní správy mohou ujednat, že v určitých případech dojde k odchylkám od zásad článků 5, 7 u oprávněných osob a u pojištěnců, kteří byli pojištěni u bývalých československých náhradních ústavů pensijního pojištění soukromých zaměstnanců ve vyšších službách a u nositelů pensijního pojištění zaměstnanců soukromých drah, sloužících veřejné dopravě.

Článek 9.

Pokud podle článků 5, 7, 8 nositelé říšského pojištění nemají převzítí žádných dávek nebo nemají přihlížeti k pojistným dobám (čákám), zůstává i nadále příslušným nositel po-

jištění v Protektorátu Čechy a Morava, ledaže by příslušnost podle úmluv se Slovenskou republikou a královstvím Maďarským přešla na nositele pojištění těchto států.

Článek 10.

Poskytování dávek, které podle této úmluvy mají převzítí nositelé říšského pojištění nebo nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, jakož i pojistné doby, k nimž má býti přihlíženo, řídí se právem příslušného nositele pojištění.

ODDÍL III.

Finanční vyrovnání.

Článek 11.

(1) Z důvodu převodu pojištěnců a oprávněných osob bývalých česko-slovenských nositelů pojištění se sídlem v Protektorátu Čechy a Morava na nositele říšského pojištění nastává finanční vyrovnání. Finanční vyrovnání záleží u nositelů pojištění, jejichž obvod byl včleněním bývalých česko-slovenských území do Německé říše rozdělen, v poměrném dělení jmění nositelů pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, zjištěného ke dni 30. září 1938 podle ustanovení článků 12 až 14. K finančnímu vyrovnání nedojde u nositelů pojištění, jejichž obvod nebyl dělen; totéž platí, byl-li sice obvod nositele nemocenského pojištění dělen, avšak nositel pojištění odevzdal v důsledku nové úpravy hranic méně než 1% svých pojištěnců.

(2) Odst. 1 platí obdobně při převodu pojištěnců a oprávněných osob bývalých česko-slovenských nositelů pojištění se sídlem v územích, včleněných do Německé říše, na nositele pojištění v Protektorátu Čechy a Morava.

(3) Ryzí jmění zjištěná ke dni 30. září 1938 včetně fondů a účelového jmění svazů bývalých česko-slovenských nositelů pojištění rozdělí se podle klíče, na němž se dohodnou říšský ministr práce a ministr sociální a zdravotní správy.

Článek 12.

(1) Ryzí jmění včetně fondů a účelového jmění nositelů nemocenského pojištění rozdělí se podle počtu pojištěnců, zjištěného ke dni 30. června 1938.

(2) U nositelů nemocenského pojištění veřejných zaměstnanců, poštovních a železničních zaměstnanců připočtou se nositeli pojištění příslušnému v území nového bydliště za účelem zjištění počtu pojištěnců podle odstavce 1 pojištěnci, kteří přeložili své bydliště

v době od 1. července 1938 do 31. prosince 1939 uvnitř území bývalé Česko-Slovenské republiky.

(3) Ke jmění Nemocenské pojišťovny bývalých česko-slovenských státních drah náleží také jmění, které podle § 26, věty první vládního nařízení ze dne 30. června 1937 (Sbírka zákonů a nařízení č. 163) bylo určeno k účelům nemocenského pojištění.

Článek 13.

Nositelé říšského pojištění obdrží — bez újmy článku 11, odst. 3 a článku 12 — ze jmění

- a) Úrazové pojišťovny dělnické pro Čechy v Praze částku třístasedmdesát milionů českých korun,
- b) Úrazové pojišťovny dělnické pro Moravu v Brně částku jednostosedmdesát pět milionů českých korun,
- c) Ústřední sociální pojišťovny v Praze částku dvatisícejednostošedesát milionů českých korun,
- d) Všeobecného pensijního ústavu v Praze částku jedentisícčtyřistaosmdesát milionů českých korun,
- e) Ústřední bratrské pokladny v Praze částku sedmdesát dva miliony českých korun.

Článek 14.

(1) Reichsversicherungsanstalt für Angestellte obdrží od bývalých česko-slovenských náhradních ústavů pensijního pojištění soukromých zaměstnanců ve vyšších službách a od nositelů pensijního pojištění zaměstnanců soukromých drah, sloužících veřejné dopravě, se sídlem v Protektorátu Čechy a Morava, průměrný díl jejich jmění.

(2) Všeobecný pensijní ústav obdrží od bývalých česko-slovenských náhradních ústavů pensijního pojištění soukromých zaměstnanců ve vyšších službách, se sídlem v územích včleněných do Německé říše, průměrný díl jejich jmění.

(3) Dělení jmění provede se odděleně pro každého v odst. 1, 2 uvedeného nositele pojištění; má se vztahovati na povinné pojištění včetně statutárního pojištění na vyšší dávky a na připojištění, pokud nebude něco jiného ujednáno podle článku 8. Ryzí jmění včetně fondů a účelového jmění rozdělí se podle poměru pojistněmatematických pasiv pro nároky pojištěnců a důchodců, kteří podle článků 5, 7 přejdou na nositele říšského pojištění, k úhrnné částce pojistněmatematic-

kých pasiv. Směrnice pro výpočet pojistněmatematických pasiv budou stanoveny ministrem sociální a zdravotní správy a potřebují souhlasu říšského ministra práce.

Článek 15.

(1) Majetkové předměty, které se mají podle této úmluvy převést, pokládají se za převedené v rozhodný den.

(2) Kapitálové výnosy z majetkových předmětů, jež se mají převést, přijaté za dobu od rozhodného dne nositeli pojištění, povinnými ku převodu těchto majetkových předmětů, se poukáží nositelům oprávněným ku přijetí v hotovosti. Nároky na kapitálové výnosy, které nebyly ještě uskutečněny za dobu od rozhodného dne, postoupí se nositelům pojištění, oprávněným k jejich přijetí.

(3) Převod majetkových předmětů musí být skončen do 31. prosince 1940. Pokud dojde k převodu po tomto dni, zapraví se za dobu od 1. ledna 1941 úroky ve výši 5% ročně.

Článek 16.

(1) Ku provedení rozdělení jmění podle článků 12 až 14 převedou nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava tyto majetkové předměty na nositele říšského pojištění do výše podílu na ně připadajícího:

1. pozemky a budovy s příslušenstvím v územích včleněných do Německé říše, jakož i movitosti, které 30. června 1938 byly na těchto územích;
2. pohledávky zajištěné hypotekami na pozemcích (nemovitostech) v územích označených v č. 1;
3. zápůjčky obcím a okresům, jejichž území bylo včleněno do Německé říše neděleně;
4. jinaké pohledávky proti dlužníku v územích označených v č. 1, pokud nejde o účelové vklady peněžním a úvěrním ústavům v těchto územích, z nichž tyto ústavy poskytly zápůjčky, které jsou zajištěny hypotekami na pozemcích (nemovitostech) mimo tato území, nebo jejichž dlužníci při nehypotekárním zajištění dne 1. ledna 1940 mimo tato území bydleli anebo měli své sídlo;
5. účelové vklady peněžním a úvěrním ústavům v Protektorátu Čechy a Morava, pokud tyto ústavy z nich poskytly zápůjčky, které jsou zajištěny hypotekami na pozemcích (nemovitostech) v územích označených v č. 1, nebo jejichž dlužníci při nehypotekárním zajištění dne 1. ledna 1940 v těchto územích bydleli nebo měli sídlo;

6. dlužní úpisy a zástavní listy, které vydaly obce, okresy, peněžní a úvěrní ústavy a jinaká zařízení v územích označených v č. 1.

(2) Pokud majetkové hodnoty, přecházející podle odst. 1 na nositele říšského pojištění, ke splnění finančního vyrovnání podle této úmluvy nepostačí, použije se k tomu ostatních majetkových předmětů podle zvláštní dohody mezi říšským ministrem práce a ministrem sociální a zdravotní správy. V této dohodě mohou být také majetkové předměty vyňaty z převodu podle odst. 1.

(3) Při převodu majetkových předmětů s nositelů říšského pojištění na nositele pojištění v Protektorátu Čechy a Morava platí odst. 1, 2 obdobně.

(4) Rozdělení jmění má být provedeno pokud možno zúčtováním.

Článek 17.

(1) Provádění finančního vypořádání, pokud jde o říšské pojištění, přenáší se na Reichsversicherungsamt, pokud jde o sociální pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, na ministra sociální a zdravotní správy.

(2) V odst. 1 jmenovaná místa mohou svá oprávnění přenést na nositele pojištění příslušné podle druhu; v tomto případě uvedomí se vzájemně o tomto přenesení.

Článek 18.

(1) Nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava jsou — bez újmy odst. 2 — osvobozeni od povinnosti platit převodní částky, splatné do rozhodného dne za pojistné doby (čáky) získané u bývalých česko-slovenských nositelů pojištění, má-li nositel říšského pojištění na tyto doby podle článku 7 vzít zřetel.

(2) Ve směrnících podle článku 14, odst. 3 vezme se zřetel na úpravu placení převodních částek, dlužných bývalými česko-slovenskými náhradními ústavy pensijního pojištění soukromých zaměstnanců ve vyšších službách a nositeli pensijního pojištění zaměstnanců soukromých drah, sloužících veřejné dopravě.

(3) Zaměstnavatelé, jejichž zaměstnanci byli podle práva platného do rozhodného dne vyňati z pojistné povinnosti, jsou zavázáni platit převodní částky splatné do rozhodného dne nositelům pojištění podle dodatkové úmluvy, která má být sjednána mezi říšským ministrem práce a ministrem sociální a zdravotní správy.

Článek 19.

(1) Zaměstnanci bývalých česko-slovenských nositelů pojištění, kteří ztratili své zaměstnání v souvislosti s územními změnami, mají za dobu odpovídající výpovědní lhůtě podle zákona o soukromých zaměstnancích ze dne 11. července 1934 (Sbírka zákonů a nařízení č. 154) nárok na služební požitky proti svým bývalým zaměstnavatelům; výpovědní lhůta při tom začíná rozhodným dnem. Pokud takoví zaměstnanci byli přechodně zaměstnání přes rozhodný den, začíná výpovědní lhůta nejdříve skončením dočasného zaměstnání, nejpozději však dnem 1. července 1940. Pokud takoví zaměstnanci byli převzati nositelem pojištění nebo do veřejné služby druhé smluvní strany, obdrží služební požitky od svého dosavadního zaměstnavatele jen za dobu do nastoupení této služby. Služební požitky, jež podle toho mají být poskytnuty, zapraví se na návrh zaměstnancův do měsíce po tom, co vstoupí v platnost tato úmluva, pokud se placení dosud neuskutečnilo.

(2) Všeobecný pensijní ústav v Praze a úrazové pojišťovny dělnické v Praze a Brně jsou povinny za své zaměstnance, kteří ztratili svá zaměstnání v souvislosti s územními změnami a nedostávají zaopatřovacích požitků, převést na Reichsversicherungsanstalt für Angestellte v Berlíně k věrné ruce část celkového pensijního fondu, která odpovídá podílu premiové rezervy těchto zaměstnanců na celkové premiové rezervě. Použití těchto částek bude upraveno říšským ministrem práce.

(3) Vstoupí-li zaměstnanci bývalých česko-slovenských nositelů pojištění, kteří ztratili své zaměstnání v souvislosti s územními změnami, znovu do zaměstnaneckého poměru u svého dřívějšího zaměstnavatele, nepokládá se doba přechodného zaměstnání u nositele pojištění nebo ve veřejných službách druhé smluvní strany za přerušení dřívějšího služebního poměru. Nevstoupí-li takoví zaměstnanci po přechodném zaměstnání opět do pracovního poměru u svého bývalého zaměstnavatele, může je tento, poskytna jim příslušné zaopatřovací požitky, dát do výslužby; při tom se započítá doba přechodného zaměstnání jako služební doba.

(4) Nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, kteří platí bývalým zaměstnancům nebo jejich pozůstalým v území Německé říše mimo Protektorát Čechy a Morava zaopatřovací požitky vedle dávek sociálního pojištění nebo na jejich místě mohou se těchto plateb zhostit tím, že převedou na Reichsversicherungsanstalt für Angestellte úhradovou

jistinu odpovídající zaopatřovacím požitkům. Tato přeměna vyžaduje souhlasu říšského ministra práce a ministra sociální a zdravotní správy.

ODDÍL IV.

Provedení úmluvy.

Článek 20.

(1) K provedení této úmluvy poskytnou si nositelé, úřady a soudy sociálního pojištění obou stran navzájem bezplatnou správní nebo právní pomoc v témže rozsahu, jako by šlo o provedení vlastního sociálního pojištění.

(2) Spisy a jinaké podklady, které jsou nutné k provedení této úmluvy a k dalšímu provádění sociálního pojištění, vymění se podle bližší dohody mezi zúčastněnými nositeli pojištění.

Článek 21.

Nositelé, úřady a soudy sociálního pojištění stýkají se při provádění této úmluvy navzájem a s pojištěnci přímo. Sepisují své dopisy ve své úřední řeči.

Článek 22.

Při právních a úředních jednáních, k nimž dojde při provádění této úmluvy, nevybírají se daně, dávky, kolkové a jiné poplatky.

Článek 23.

Obě smluvní strany mohou ustanovení této úmluvy doplňovat a měnit.

Článek 24.

Spory, které vzniknou z výkladu a provádění této úmluvy, rozhodne říšský ministr práce po dohodě s ministrem sociální a zdravotní správy.

Článek 25.

Lhůty pro opravné prostředky a lhůty v řízení, které běžely rozhodného dne, se přerušují až do doby, kdy tato úmluva vstoupí v účinnost.

Článek 26.

Pro zatímní užívání úmluvy mezi Německou říší a bývalou Česko-Slovenskou republikou o sociálním pojištění ze dne 21. března 1931 a úmluvy mezi bývalou republikou Rakouskou a bývalou Česko-Slovenskou republikou o sociálním pojištění ze dne 21. září 1931 platí až do nové úpravy vztahů mezi nositeli říšského pojištění a nositeli pojištění v Protektorátu Čechy a Morava toto:

1. Dávky, které mají podle článku 5, odst. 1 a článku 7, odst. 1 převzít nositelé říšského pojištění, nebo pojistné doby (čáky), k nimž mají vzít zřetel, pokládají se ve smyslu těchto úmluv za dávky a pojistné doby říšského pojištění.

2. Dávky a pojistné doby (čáky), které
a) podle článku 5, odst. 2 a článku 7, odst. 2 mají převzít nositelé pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, nebo k nimž mají přihlídnouti

a

b) které podle článku 9 zůstanou u nositelů pojištění v Protektorátu Čechy a Morava

a

c) které byly získány nebo nabyty u nositelů pojištění v Protektorátu Čechy a Morava, pokládají se ve smyslu těchto úmluv za dávky a pojistné doby (čáky) bývalého československého sociálního pojištění.

3. Pokud jde o právo na dobrovolné pojištění, jsou si německé pojistné doby včetně pojistných dob uvedených pod č. 1 a pojistné doby získané u bývalého československého nositele pojištění včetně pojistných dob, uvedených pod č. 2, na roveň postaveny.

ODDÍL V.

Závěrečná ustanovení.

Článek 27.

Tato úmluva nabývá účinnosti dnem podpisu.

Praha dne 14. března 1940.

Za říšského ministra práce:
Dr. HANS ENGEL

Ministr sociální a zdravotní správy:
Dr. KLUMPAR

Vyhláší se s tím, že úmluva, schválená státním presidentem, nabývá podle čl. 27 účinnosti dnem 14. března 1940.

Ing. Eliáš v. r.